

Haushaltsrede 2018

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,
sehr geehrter Herr Herberger von den BNN,
werte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
werte Bürgerinnen und Bürger,

in all der hektischen Zeit des Dezembermonats ist es unsere kommunalpolitisch wichtigste Aufgabe, mit der Haushaltsverabschiedung die Weichen für das kommende Jahr zu stellen. Ich freue mich, dass wir das erneut pünktlich schaffen, so dass die Grundlagen für das neue Jahr gelegt werden.

Diesen Zeitpunkt nutzen wir selbstverständlich traditionell auch für einen Rückblick. Vermutlich prüft jeder von uns seine Aussagen des letzten Jahres in der Hoffnung, dass die Ziele erreicht und die Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind. Ich habe im letzten Jahr in meiner Haushaltsrede einen wesentlichen Teil allgemein für die Kommunalfinanzen und insbesondere den Finanzbeziehungen mit dem Land Baden-Württemberg gewidmet. Dabei habe ich die Hoffnung formuliert, dass sich dieses in Zukunft wieder verbessert. Leider ist dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen, weshalb ich auf dieses Thema abermals – und in diesem Jahr bereits zu Beginn meiner Rede eingehen möchte. Sie fragen sich jetzt vielleicht warum? Was hat dies konkret mit dem Haushalt der Gemeinde

Karlsdorf-Neuthard zu tun hat? Diese Fragen möchte ich Ihnen gerne beantworten.

Kommunen sind in unserem föderalistische Staatensystem die kleinste, aber wichtigste Einheit. Hier spielt sich das wahre Leben der Menschen ab. Die Ergebnisse der Politik werden real. Menschen spüren dies und geben unverblümt darüber Auskunft, ob sie mit diesem Ergebnis zufrieden sind. Es ist aber nicht nur ein Nehmen, sondern unser Staatsaufbau gibt den Menschen die Möglichkeit unsere Gemeinden und damit unsere Lebenswirklichkeit selbst zu gestalten und hat dieses kommunale Selbstverwaltungsrecht sogar verfassungsrechtlich verankert. Diese Idee ist eigentlich seit Jahrzehnten das Erfolgsrezept. Aufgaben sind klar definiert, Finanzbeziehungen waren grds. geregelt, sodass alle politischen Ebenen im Gleichgewicht Ihre Aufgaben wahrnehmen und erfüllen können. Und eben dieses Gleichgewicht gerät nach meiner Einschätzung deutlich ins Wanken.

Ich gehe davon aus, dass viele Kolleginnen und Kollegen dieser Tage auf diese Situation hinweisen, weil wir bei den politischen Verantwortlichen und der Presse immer noch zu wenig Gehör dafür finden

Im letzten Jahr ging es darum, dass uns das Land 500 Millionen Euro kommunaler Gelder zum Ausgleich des Landeshaushaltes mit der Begründung abgezogen hat, dass auch die Kommunale Seite sich an der Sanierung des Landeshaushaltes beteiligen

müsse. Nur Wenige Tage später, nach Beschluss der Landesregierung, wurde die Steuerschätzung veröffentlicht, die dies eindeutig widerlegte. Heute wissen wir, dass das Land im aktuellen Haushalt eine Milliarde Überschuss zu verzeichnen hat. Wie gesagt, hatte ich die Hoffnung, dass dies ein einmaliger Vorgang sei und wollte mir nicht vorstellen, dass die Ignoranz und die Missachtung der Kommunalen Selbstverwaltung noch zunehmen kann. Das Land Baden-Württemberg geht in diesem Jahr sogar noch einen Schritt weiter und bricht die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden ab. In dem jetzt zu Entscheidung stehenden ausgeglichenen Haushaltsentwurf des Landes, ist die aktuelle Steuerschätzung noch gar nicht eingerechnet, was nochmals eine Milliarde Überschuss bedeutet.

Was heißt dies eigentlich konkret und warum bringe ich meine tiefe Enttäuschung an dieser Stelle zum Ausdruck?

Wir hören in der Diskussion immer wieder, dass auch die Kommunen von der positiven Konjunktur profitieren und die Steuereinnahmen noch nie so hoch waren wie in diesen Tagen. Diese Aussage ist durchaus richtig. Man vergisst aber im gleichen Kontext die Betrachtung der Ausgabenseite und vor allen Dingen den Saldo in den Kommunen.

An unserem Beispiel von Karlsdorf-Neuthard möchte ich Ihnen die Entwicklung deutlich machen.

Richtig ist, dass im aktuellen Haushaltsentwurf für 2018 rd. 2 Millionen € mehr Einnahmen gegenüber dem Jahr 2016 veranschlagt sind. Demgegenüber stehen rund 890.000 € mehr an allgemeinen Ausgaben wie z.B. Gewerbesteuerumlage, Finanzausgleichsumlage sowie Kreisumlage gegenüber.

Im Saldo wäre bei dieser sehr allgemeinen Betrachtung ein deutliches Plus von 1,1 Millionen innerhalb von 3 Jahren zu verzeichnen und ließe durchaus den Rückschluss zu, dass auch Kommunen von der Hochkonjunktur profitieren. In der Tat haben wir 2018 aber deutlich weniger Überschuss als noch im Jahr 2016.

Deshalb lohnt sich ein genaueres Hinschauen!

Allein durch die allgemeinen Personalkostensteigerungen haben wir Mehrausgaben von rund 330.000 € in diesem Zeitraum.

Weiterhin schlägt der Ausbau der Kinderbetreuung deutlich zu Buche, der nicht wie vom Land zugesagt adäquat unterstützt wird, sodass wir weitere 815.000 € mehr gegenüber 2016 bereitstellen müssen. Allein diese beiden Zahlen zeigen auf, was in der Regel bei allen Kommunen passiert.

Glücklicherweise haben wir in Karlsdorf- Neuthard den Sondereffekt der Vergnügungssteuer, weshalb unsere Bilanz gut ausfällt. Dies haben aber die wenigsten Kommunen.

Deshalb müssen wir es immer wiederholen, dass die Mehreinnahmen bei den Kommunen durch die fehlende

Finanzausstattung und die Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips aufgezehrt werden. Wir fordern deshalb mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung, keinen weiteren Eingriff in Kommunale Gelder und vor allem keine weiteren Aufgaben ohne entsprechende Finanzierung.

Es lohnt sich auch ein weiterer Blick auf die Kreisebene.

Der Landkreis Karlsruhe erhält von seinen Kommunen bei gleichbleibender Kreisumlage im nächsten Jahr 16 Millionen € Mehreinnahmen. In Karlsdorf Neuthard waren es 2016, um bei dem begonnenen Vergleich zu bleiben, noch rund 3,56 Mio €. In 2018 sind es bereits rund 4,24 Mio. € Allein diese 16 Mio. € Mehreinnahmen beim Kreis werden im nächsten Jahr durch die Verbesserungen beim Bundesteilhabegesetzes und des Unterhaltvorschussgesetzes, durch die Mehrbelastungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Sozialleistungen an Asylbewerber aus dem SGB II aufgezehrt. Einzelnen betrachtet hat sicher alles seine Berechtigung. Es kann und darf aber nicht sein, dass Aufgaben und die politischen Lorbeeren auf Ebenen beschlossen und geerntet werden, die nicht mehr für die Finanzierung voll eintreten wollen. Die genannten Beispiele sind keine kommunalen Aufgaben und die Finanzierung im eigentlichen föderalistischen Staatensystem mit seinen bewehrten Finanzströmen nicht in dem Ausmaß vorgesehen wie wir es heute vorfinden. Wenn dies aber so weitergeht, ist das Erfolgsmodell der Kommunalen Selbstverwaltung nur noch

Teil der Geschichtsbücher, weil klamm heimlich, durch Ignoranz oder Unwissenheit das Gleichgewicht der politischen Ebenen zerstört wurde.

Diese Entwicklung wird derzeit nur durch die gute Konjunktur verdeckt, sodass wir auf Landes- und Bundesebene kein Gehör finden. Es werden Augen und Ohren vor der Realität verschlossen und mit jammern auf hohem Niveau abgetan. Ich halte es angesichts dieser Zahlen für einen Skandal, dass eine Finanzministerin des Landes nicht einmal die Gespräche mit unseren Spitzenverbänden führt. In der Hoffnung, dass viele Kolleginnen und Kollegen gleiche Aussagen treffen, in dem Wissen, dass sich unser Landtagsabgeordneter Ulli Hockenberger für die Interessen der Kommunen einsetzt und dem Wunsch, dass wir irgendwann auch über unsere Spitzenverbände und über die Presse Gehör erlangen, möchte ich dieses Wehklagen am Anfang meiner Haushaltsrede beenden und auf die Situation in Karlsdorf-Neuthard zukommen.

Wenn ich diese Bilanz nun aber positiv führe, werten es verschiedene politische Verantwortungsträger aber wieder als Rechtfertigung für Ihre Entscheidungen. Wenn Gemeinden Kindergärten und Schulen bauen und unterhalten sollen, für Straßen, Gehwege und Spielplätze zuständig sind, Bibliotheken und Schwimmbäder anbieten, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zeitgemäße Ferienbetreuung oder

Hausaufgabenbetreuung organisieren, die Beispiele ließen sich noch sehr lange fortsetzen, dann brauchen wir am Jahresende eben einen Überschuss. Ich betone es nochmals: auf kommunaler Ebene machen wir seither eine langfristige Betrachtung unsere Aufgabenerfüllung und es reicht den Kommunen nicht aus, wenn wir Förderprogramme über zwei Jahre für die Integration von Asylbewerbern oder die Sanierung für unsere Schule erhalten, aber im Gegenzug langfristige Aufgaben finanzieren müssen, bei denen das Konnexitätsprinzip nicht beachtet wurde.

Nun komme ich aber wirklich zum konkreten Haushalt der Gemeinde Karlsdorf-Neuthard der auch 2018, wie bereits angedeutet, einen Überschuss ausweist und wir ohne Darlehen auskommen.

War das Jahr 2017 nach meiner Einschätzung sehr stark davon geprägt Zukunftsaufgaben zu planen und zu konzipieren, so sollen im Jahr 2018 wesentliche Weichen gestellt werden.

Natürlich haben wir auch konkrete Maßnahmen begonnen oder erledigt, wie z.B. den Bau der 2. Sporthalle, die Sanierung des Kindergartens ST. Elisabeth, den Bau einer 2. Gruppe im Theresienkindergarten oder den Neubau der Friedhofstraße.

Wir haben uns intensiv dem Thema Glasfaserausbau gewidmet, das Gewerbegebiet „Ochsenstall“ wird aktuell komplett mit Glasfaser versorgt. Es ist der Grundsatzbeschluss zur Einführung von alternativen Bestattungsformen auf beiden

Friedhöfen gefallen. Wir haben gemeinsam mit dem Förderverein der Sebastianschule den Bolzplatz eingeweiht. Das „Bauhaus“ wurde neu eröffnet, was auf den ersten Blick vielleicht nichts mit unserer Gemeinde zu tun hat. Bei den Ideen- und der Planung auf der Bruchsaler Gemarkung waren wir auf Grund unserer Grundstückbeteiligung wesentlich daran beteiligt. Wir hatten das Ziel, neben der Ansiedlung eines modernen Baumarktes, dass das von uns begonnene Radwegekonzept und die städtebauliche Konzeption nicht an der Autobahnbrücke und damit an der Gemarkungsgrenze endet, sondern sich weiterhin durchzieht. Dadurch haben unsere Schülerinnen und Schüler nun einen durchgängigen Radweg bis an die weiterführenden Schulen nach Bruchsal, wofür ich an dieser Stelle auch sehr herzlich den Vertretern der Stadt Bruchsal danken möchte.

Sicherlich läuft in einem Jahr auch nicht immer alles so wie man es sich vorstellt. So erscheint der Kreisel an der Büchenauer Straße noch nicht in dem äußerlichen Antlitz, wie wir es uns dies alle vorstellen oder das Thema Holzlagerplätze konnte beispielsweise noch nicht zufriedenstellend entschieden und weiterentwickelt werden. Mit dem 31.12. eines jeden Jahres enden aber nicht unsere Aufgaben, sondern wir beginnen lediglich ein neues Jahr und wir werden auch im nächsten Jahr diese Ziele nicht aus dem Blick verlieren.

Wie gesagt wird das Jahr 2018 geprägt sein von Grundsatzentscheidungen, die wir lange vorbereitet haben, die von den Menschen in unserer Gemeinde lang ersehnt und für eine positive Gemeindeentwicklung außerordentlich wichtig sein werden.

An aller erster Stelle möchte ich die Schulsanierung der Schönbornschule nennen. Immer wieder verzögert, weil eben politische Rahmenbedingungen für eine Schulentwicklung nicht langfristig absehbar waren, soll es im nächsten Jahr zu einer grundsätzlichen Entscheidung kommen. Basierend auf einer sehr guten Machbarkeitsstudie, deren Ergebnis wir bereits präsentiert haben, sollen entsprechende Weichen gestellt werden. Nach aktuellem Stand scheint sich der Neubau anstelle einer Sanierung zu rechnen, wenn wir entsprechende Fördergelder erhalten. Hier ist abschließend zu klären, inwieweit die Bindung von Fördergeldern von vor über 40 Jahren dies eventuell noch verhindert. In dieser Machbarkeitsstudie wird auch aufgezeigt, dass in diesem Jahr noch nicht grundlegend eine Entscheidung zum Schultyp getroffen werden muss, sodass wir mit dem Neubau einer Grundschule beginnen könnten und uns ausreichend Zeit für die Konzeption einer weiterführenden Schule nehmen können. Dies können wir nach meinem Dafürhalten nur im Einklang mit den umliegenden Nachbargemeinden. Wir dürfen nicht den Fehler der Vergangenheit wiederholen, dass regionale

Schulentwicklung nicht regional stattfindet. Unter diesem Begriff hat sich die Schullandschaft in den letzten Jahren im Land Baden-Württemberg wesentlich verändert, ohne dass man langfristig versucht hat, Schülerströme zu steuern. Ich glaube, dass wir dies regional und auf kommunaler Ebene sehr gut bewerkstelligen können, wenn wir uns alle an einen Tisch setzen und darüber nachdenken, wie wir kommunal Schule gestalten wollen. Es wird in der Schullandschaft neben dem Gymnasium eine zweite Säule der weiterführenden Schulen mit Gemeinschaftsschule und Realschule geben, die auch für Karlsdorf-Neuthard eine Option sein kann. Ziel sollte es sein, möglichst wohnortnah kleinere weiterführende Schulen anzubieten, vielleicht auch mit entsprechenden pädagogischen Schwerpunkten, so dass es uns gelingt, die Schülerströme besser zu lenken und nicht jedes Jahr dem Zufall überlassen, ob die entsprechende Mindestanzahl an Schülern erreicht wird. Unser Ziel in dieser regionalen Schulentwicklung könnte sein, eine weitere Realschule zu etablieren, z.B. mit dem Schwerpunkt berufliche Ausbildung. Ich höre immer wieder von vielen Unternehmen, dass in der aktuellen Schullandschaft mit dem Wegfall der Werkrealschule immer weniger Schüler in die Berufsausbildung geführt werden, was langfristig und volkswirtschaftlich zu erheblichen Problemen führen kann. Vor diesem Hintergrund werden wir unsere Anstrengungen weiter forcieren. In jedem Fall wird die Grundsatzentscheidung

zum Neubau oder Sanierung der Grundschule möglich sein.

Eine weitere Grundsatzentscheidung werden wir zum Neubau des Feuerwehrhauses treffen. Nachdem wir den Focus auf zwei Gebiete beim sogenannten REWE Kreisel gelegt hatten, waren die Grundstücksverhandlungen bisher sehr schwerfällig. Dies hat mich vor dem Hintergrund der allgemeinen Bedeutung eines Feuerwehrhauses für die Sicherheit der Menschen in unserer Gemeinde außerordentlich überrascht und auch enttäuscht. Nunmehr haben wir ein drittes Gebiet in die engere Auswahl einbezogen konkreten Focus, so dass ich guter Dinge bin, dass wir kurzfristig eine endgültige Entscheidung treffen und mit dem Architektenwettbewerb beginnen können. Vor diesem Hintergrund hat sich selbstverständlich unser selbstgesetzter Zeitplan bereits verschoben, am Ende planen wir aber ein Projekt, das über Jahrzehnte den Menschen in unserer Gemeinde dienen soll und deshalb lohnt es sich am Anfang diese Zeit zu investieren.

Ebenfalls werden wir bereits im ersten Quartal über die Einführung einer Wasserenthärtungsanlage im Grundsatz entscheiden und ich werde dem Gemeinderat den Bau einer solchen Anlage empfehlen.

Ich hoffe, dass die von uns beauftragten Ingenieure, die hydraulischen Netzberechnung für unsere Wasserleitungen, die

Berechnung unseres Abwassersystem, sowie die Ergebnisse der Zustandserfassung unserer Straßen und Wege präsentieren werden, so dass auch hier strategische Entscheidungen getroffen werden können.

Darüber hinaus haben wir uns einen ehrgeizigen Zeitplan beim Ausbau der Seniorenbetreuung gesetzt. Wenn alles optimal lief, könnte hier bereits mit dem Bau der Erweiterung des Pflegeheims in Karlsdorf begonnen werden. Darüber hinaus sollen weitere betreute Wohnungen in beiden Ortsteilen und in Neuthard ambulant betreute Wohngemeinschaften errichtet werden. Für Letzteres ist noch eine weiterführende städtebauliche Konzeption der Ortsmitte erforderlich, so dass hier zunächst weitere Planungen anstehen.

Mit den konkreten Planungen werden wir auch bei der Sanierung der beiden Rathäuser voranschreiten. Hier geht es neben der energetischen Sanierung auch um den barrierefreien Ausbau beider Objekte. Diese stehen zentral in den Ortsmitten, mit einer städtebaulich prägenden Wirkung.

Eine der schwierigsten Entscheidungen wird dabei noch sein, wo und wie wir den im Grundsatz beschlossenen einheitlichen Sitzungssaal realisieren. Auch hier sind die Planungen so weit vorangeschritten, dass relativ schnell im neuen Jahr die Entscheidungen getroffen werden können.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird der Glasfaserausbau in unserer Gemeinde sein

Weitgehende Entscheidungen stehen auch beim Eigenbetrieb kommunaler Wohnungsbau an. In dem Zusammenhang werden wir uns auch dem Thema bezahlbarer Wohnraum stellen.

Meine Ausführungen am heutigen Abend können bei der Fülle unserer Aufgaben nicht vollständig sein. Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn ich weniger ausführlich auf die Integration von Flüchtlingen und den Erfolg des Kombimodelles eingehe. Zweifellos eine wichtige und umfassende Aufgabe in der Zukunft, aber eben nur eine von vielen. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle aber bei den zahlreichen Ehrenamtlichen, ohne die eine solche Arbeit nicht möglich wäre.

Außerdem hoffe ich, dass wir den erfolgreich eingeschlagenen Weg der Bürgerstiftung Karlsdorf-Neuthard e.V. mit Sanierung der Zehntscheuer fortsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

damit möchte ich mit meinen allgemeineren Ausführungen zum Ende kommen und mich noch kurz den einzelnen Zahlen widmen:

Verwaltungshaushalt:

Im nunmehr vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes 2018 wird vom Verwaltungshaushalt mit einer Summe von 26.727.200 € einen Überschuss in Höhe von 1.931.200 € erwirtschaftet. Gegenüber den Haushaltsplanzahlen des Vorjahres vermindert sich das Ergebnis um 748.400 €.

Auf der Einnahmeseite verbessern sich insbesondere der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 196.900 € und die Schlüsselzuweisungen um 409.300 €. Der Ansatz für die Gewerbesteuer wurde mit 3,2 Millionen € um 100.000 € gegenüber dem Vorjahreswert reduziert.

Die Einnahmen aus Gebühren werden sich infolge der Gebührenanpassung beim Abwasser und bei den Bestattungsgebühren um 145.600 € verbessern.

Die Erhöhung ist neben hauptsächlich auf die Gebühren im Rahmen der Anschlussunterbringung für Asylsuchende zurückzuführen.

Auf der Ausgabenseite sind ebenfalls nur wenige wesentliche Änderungen gegenüber 2017 zu nennen.

Der Ansatz für Zuschüsse an die Kindergärten erhöht sich um 369.000 €.

Die Finanzausgleichsumlage an das Land erhöht sich entsprechend den verbesserten Einnahmen im Rechnungsjahr 2016 um 245.800 €; die Kreisumlage erhöht sich um 356.000 € bei unverändertem Hebesatz in Höhe von 32 %.

Die Personalkosten belaufen sich im Haushaltsjahr auf 4.542.600 €, das sind 17 % des Verwaltungshaushalts. Den veranschlagten Personalaufwendungen wurde eine Tarifsteigerung bei den Beschäftigten in Höhe von 3 % und bei den Beamten eine Erhöhung ab 01.06.2018 in Höhe von 2,68 % zugrunde gelegt. Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Aufwand um 190.600 € oder 4,38 %.

Zur Finanzierung des Haushaltes 2018 wird keine Darlehensaufnahme notwendig werden, so dass der Schuldenstand auf voraussichtlich 257,17 € je Einwohner zum Ende des Jahres 2018 sinken würde. Die durchschnittliche Verschuldung der Gemeinden von 10.000 bis 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg betrug zum 31.12.2016 371 €/Einwohner.

Zusammen mit den beiden Eigenbetrieben Wasserversorgung und Kommunaler Wohnungsbau betrug die Pro-Kopf Verschuldung 718 €; im Landesdurchschnitt beträgt dieser Wert 1.102 €.

An Grundstücksverkäufen wurden 1.643.7000 € veranschlagt. Zum Ausgleich des Vermögenshaushalts werden noch Zuschüsse des Bundes und des Landes in Höhe von 316.000 €, Beiträge aus dem Erschließungsgebiet „Tiergarten-Nord-Erweiterung“ in Höhe von 365.800 € sowie eine Rücklagenentnahme in Höhe von 957.500 € eingeplant.

Eigenbetrieb Wasserversorgung:

Der Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Wasserversorgung weist einen Jahresgewinn in Höhe von 77.100 € aus.

Für das Wirtschaftsjahr 2017 wird ebenfalls mit einem Gewinn in Höhe von 50.000 € gerechnet. In Anbetracht des hohen Verlustvortrages (= ca. 0,42 €/m³) haben wir für das Wirtschaftsjahr 2018 eine weitere Gebührenerhöhung um 20 ct/m³ auf 1,70 €/m³ vorgeschlagen. Im Wirtschaftsplan 2018 sind dafür 100.000 € Mehreinnahmen eingeplant.

Im Vermögensplan wurden auf der Ausgabenseite 100.000 € für die Planung der Wasserenthärtungsanlage, 61.500 € für die Erschließung des Gewerbegebietes Tiergarten-Nord-Erweiterung, 28.500 € für die Betriebs- und Geschäftsausstattung und 10.000 € für neue Wasserhausanschlüsse veranschlagt.

Finanziert werden sollen die Maßnahmen durch eine Kreditaufnahme in Höhe von 190.000 €. Zum Ende des Wirtschaftsjahres würde sich der Schuldenstand von 268 € auf 270 € je Einwohner erhöhen.

Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau:

Der Wirtschaftsplan 2018 für den Eigenbetrieb Kommunalen Wohnungsbau weist einen Verlust in Höhe von 8.400 € aus.

Größter Ausgabeposten sind neben den Zinsaufwendungen mit 64.900 € die Unterhaltung der Gebäude in Höhe von 25.000 €.

Die Mieten wurden zum 01.07.2017 allgemein angehoben. Für die Hebelstr. 2 - 4 ist eine Mieterhöhung zum 01.04.2018 vorgesehen

Der Vermögensplan sieht für das Jahr 2018 keine Investitionen vor.

Planmäßige Tilgungen von Darlehen sind in Höhe von 157.800 € berücksichtigt.

Zur Finanzierung stehen Abschreibungen in Höhe von 72.800 € zur Verfügung.

Unter dem Strich fehlen Finanzierungsmittel in Höhe von 93.400 €, die zum einen als Ausgleich für den Jahresverlust 2018 (8.400 €) von der Gemeinde und zum anderen in Höhe von 83.500 € als Zuführung an die Rücklage eingeplant wurden.

Der Schuldenstand wird sich voraussichtlich von 146 € auf 131 € je Einwohner vermindern.

Der Vermögenshaushalt 2018 sieht hauptsächlich folgende Investitionsmaßnahmen vor:

a) Rathäuser Erwerb bew. Einrichtungen	63.000 €
b) Rathaus OTK, Wärmedämmmaßnahme 1. Rate	500.000 €
c) Freiw. Feuerwehr Erwerb bew. Einrichtungen	225.800 €
d) Neubau Feuerwehrhaus (Gesamt 4,3 Mio. €)	100.000 €
e) Sebastianschule Sanierung Dach Hallenbad	40.000 €
f) Sebastianschule Geräuschkämmung Basketballfeld	7.500 €
g) Schönbornschule Planungskosten Sanierung	200.000 €
h) Erwerb bew. Einr. in beiden Schulen	145.300 €
i) Kindergärten	414.400 €
j) Investitionszuschüsse an Vereine	53.100 €
k) Altenbürgerhalle – Sportboden ua.	60.400 €
l) Neue Sporthalle 3. Rate (Gesamt 2,5 Mio. €)	670.000 €

m) Kleinsportanlage	30.000 €
n) Biotope/Spielplätze	60.500 €
o) LSP-Programm	5.000 €
p) Straßenbaumaßnahmen, Radfahrbrücken	737.000 €
q) Erschließung Tiergarten-Nord Erweiterung	397.500 €
r) Straßenbeleuchtung Umstellung auf LED	150.000 €
s) Tilgungsumlage Abwasserverband Kammerforst	430.300 €
t) Kanalbaumaßnahmen	300.000 €
u) Glasfaserversorgung	145.400 €
v) Geräte/Fahrzeuge Bauhof	64.700 €
w) Fahrgastunterstände	40.000 €
x) Erhöhung Stammkapital EB Wohnbau	83.500 €
y) Grunderwerb	25.000 €
z) Erschließung Im Brühl	295.000 €

Abschließend danke ich Ihnen nochmals für die sehr gute Zusammenarbeit. Gleiches gilt für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, stellvertretend Fachbereichsleitern Herrn Milani, Herrn Erthal sowie Herrn Ziefuss. Danken möchte ich auch allen Ehrenamtlichen sei es in oder außerhalb unsere Vereine, die sich zum Wohle der Gemeinde eingesetzt haben.

Ihnen allen und Ihren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.